

Deutschland und der Friede.

Eine Feststellung gegenüber einer Kundgebung der Sozialdemokraten.

Berlin, 26. Juni.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrem politischen Tagesbericht:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht unter der Ueberschrift „Sozialdemokratie und Frieden“ eine Kundgebung, worin dargelegt wird, wie die deutsche Sozialdemokratie im Kampfe um die nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit Deutschlands ihre Pflicht getan habe und wie ihre friedlichen Bemühungen von den Sozialdemokraten der feindlichen Länder ausgenommen worden sind, und als Tatsache festgestellt wird, daß die große Masse der dem internationalen sozialistischen Bureau angeschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen und Leitungen mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands. Trotz dieser Feststellungen fordert der sozialdemokratische Parteivorstand unter Kennzeichnung seiner eigenen Kriegsziele, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen geschaffene Kriegslage, die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen.

Der „Vorwärts“ wurde wegen dieser Kundgebung mit Rücksicht auf die noch für die Erörterung der Kriegsziele bestehenden Zensurvorschriften verboten. Sie ist im hohen Maße zu bedauern, weil dieser Versuch, den Entschlieungen der Regierung vorzugreifen, im Auslande einer wahrscheinlich auch der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie höchst unerwünschten Eindruck machen wird. Nach bewährten Mustern wird das Manifest des allgemeinen Friedenswunsches als Beweis einer in Deutschland tatsächlich nicht bestehenden Kriegsmüdigkeit ausgenützt werden. Das Manifest ist somit geeignet, die Hoffnungen unserer Feinde erneut zu beleben. Sobald der Fortgang der militärischen Ereignisse und die politische Lage die Aussicht bieten, erfolgreich in Friedensermägungen einzutreten, wird die Regierung von selbst das Ihrige tun. Bis dahin aber gibt es für das deutsche Volk nur eine Parole: „Durchhalten!“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt weiter: Die „Nationalliberale Korrespondenz“ beschäftigt sich mit einem Artikel des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Doktor Quarc über die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie. Dr. Quarc weist in seinem Artikel darauf hin, daß die führenden englischen und französischen Sozialdemokraten sich gegen internationale Annäherungsversuche ablehnend verhalten und schreibt in diesem Zusammenhange: „Wir Deutschen und unsere österreichischen Genossen erklären fortgesetzt, daß wir die erste Fühlung durch Herstellung von Friedensbesprechungen gerne vornehmen wollen. Die deutsche Reichsregierung weiß davon und hat uns nicht die geringsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt.“ Die „Nationalliberale Korrespondenz“ meint, daß diese Sätze zwei Auslegungen zulassen. Sie könnten lediglich besagen, daß die Regierung der internationalen politischen Betätigung der Sozialdemokratie, soweit sie sich in gesetzlich zulässigen Grenzen bewegt, und das Staatsinteresse nicht gefährdet, keine Schwierigkeiten in den Weg legt. Dies könnte man vom Standpunkte der staatsbürgerlichen Freiheit verstehen, es könnte aber auch herausgelesen werden, daß die sozialdemokratische internationale Friedenspropaganda von der deutschen Regierung mindestens stillschweigend gebilligt wird und daß man sie von dieser Seite aus sogar als geeignetes Mittel betrachtet, um die erste Grundlage für die Erwägung der Friedensmöglichkeiten zu schaffen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ lehnt diese Lesart mit Recht als unmöglich ab. Wir bestätigen ihr, daß selbstverständlich nur die erstere Auffassung in Frage kommen könne, denn die Regierung hat mit internationaler Friedenspropaganda nichts zu schaffen und dazu weder sozialdemokratische noch andere Unterhändler konzeptioniert.